

Mietmafia hat leichtes Spiel

Gewerkschaft warnt vor massenhafter Wohnarmut bei Babyboomern. Vonovia legt nächsten Gewinnsprung hin, »Bauturbo« der Regierung zündet nicht

Von Ralf Wurzbacher

Der frischgebackene Vorstandsvorsitzende von Vonovia, Luka Mucic, hat im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* vom Mittwoch einen bemerkenswerten Satz gesagt. Der Frage nach den horrenden Wohnkosten in Berlin begegnete er mit: »Aber das liegt nicht an uns.« Ursache seien vielmehr »illegale Mietstrukturen und Untervermietungen«. Nun ja. Am Donnerstag machte Europas führendes Immobilienunternehmen seine Bilanzzahlen fürs erste Quartal publik. Der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen legte im Jahresvergleich um 1,4 Prozent auf knapp 712 Millionen Euro zu. Hauptgründe sind die ungebremst steigenden Mieten sowie das Geschäft mit Zusatzleistungen wie Handwerkerdiensten und der Energievertrieb. Einmal mehr betrieb Konzernboss Mucic Aufklärung: »Bei Vonovia wohnen die Menschen zu fairen Preisen.«

Tags zuvor berichtete die *Tageszeitung (Taz)* über eine Mieterversammlung in Lichtenberg, organisiert von der Linkspartei. Keiner der dabei anwesenden Vonovia-Kunden hatte noch keine schlechten Erfahrungen mit dessen Abzockermethoden gemacht, etwa wegen rechtswidriger Mietaufschläge oder überhöhter Nebenkostenabrechnungen. Bei dem Treffen zugegen war auch Birgit Stenzel, Rechtsanwältin und Beraterin beim Berliner Mieterverein. Im Winter habe sie so viele Heizungsausfälle erlebt wie noch nie, schilderte sie und setzte nach: »Vonovia ist mein Lieblingsgegner, gegen die gewinnt man fast immer.« Aber der Gesamtsieg geht trotzdem an den Miethai aus Bochum. Und dessen Aktionäre. Fürs zurückliegende Jahr haben die über eine Milliarde Euro an Dividenden kassiert, bezahlt von den Mietern. »Vonovia ist der Kopf der Mietmafia«, ätzte der mietenpolitische Sprecher der Linke-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Das zu sagen, ist qua Richterspruch vom Januar gestattet.

Viele Opfer der Mietmafia leben entweder bereits in Armut, oder das Schicksal steht ihnen noch bevor. Insbesondere die sogenannten Babyboomer, die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1945 und 1965, haben entsprechend schlechte Karten, weil sie durch brüchige Erwerbsbiographien nur geringe Rentenanwartschaften aufbauen konnten. Am Donnerstag wies die Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU) in einem Appell an die Bundesregierung auf das Problem hin. Rund 5,1 Millionen Menschen, die zwischen 2026 und 2036 aufs Altenteil wechseln, müssten mit weniger als 800 Euro monatlich aus der gesetzlichen Rente auskommen, erklärte der Bundesvorsitzende Robert Feiger. Viele der Betroffenen würden dauerhaft auf

staatliche Hilfe angewiesen sein, und spätestens die Miete dränge einen Großteil von ihnen in die Wohnarmut.

Die von der IG BAU geforderten Gegenrezepte wirken angesichts der forcierten Kahlschlagpolitik der Koalition fast weltfremd. »Die Rente muss im unteren Bereich steigen. Hohe Renten können im Gegenzug sinken«, befand Feiger. Dies sei schon deshalb gerechtfertigt, da Menschen mit höheren Einkommen und besserer Altersversorgung eine höhere Lebenserwartung hätten. Außerdem dürfe bei der anstehenden Rentenreform auch das Heranziehen hoher Vermögenseinkommen – zum Beispiel durch Dividenden oder Zinsen – »kein Tabu« sein, so der Gewerkschaftschef. Tatsächlich wollen Union und SPD die Lebensarbeitszeit verlängern, was einer Rentenkürzung gleichkommt, und die Privatrente ausbauen, was sich Gering- und Normalverdiener nicht leisten können. Und gegen »Mehrbelastungen« von Bestverdienern, Reichen und Superreichen wehren sich CDU und CSU mit Händen und Füßen.

[Erst am Mittwoch wurde bekannt, dass Bundesbauministerin Verena Hubertz \(SPD\) beim Wohngeld jährlich eine Milliarde Euro an Bundesmitteln »einsparen« will.](#) Den Zuschuss erhält, wer von Lohn oder Rente seine Miete nicht begleichen kann, also genau diejenigen, auf die der Vorstoß der IG BAU zielt. Schon heute sind gut die Hälfte der insgesamt 1,2 Millionen Wohngeldempfänger Rentner. Weitere Einschnitte werden unweigerlich dazu führen, dass noch mehr Menschen als Wohnungs- oder Obdachlose auf der Straße landen. Nach Hochrechnungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) zählt die BRD schon heute über eine Million Menschen ohne Dach über dem Kopf.

Die Gefahr, als Rentner in die Grundsicherung abzurutschen, sei in den vergangenen 15 Jahren um circa 70 Prozent gestiegen, gab Feiger zu bedenken. Vor diesem Hintergrund sei bezahlbares Wohnen die »soziale Frage Nummer eins« und mehr Neubau »der Schlüssel zum Erfolg für das Ankurbeln der Wirtschaft«. Richten soll dies eigentlich der »Bauturbo« der Bundesregierung. Stand jetzt werden 2026 aber wohl noch einmal weniger Wohnungen fertiggestellt als in den Vorjahren.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522227.warnung-vor-wohnmarmut-mietmafia-hat-leichtes-spiel.html>